



© Jörg Farys | Die Projektoren, Die Andersmacher, Gesellschaftsbilder.de

Arbeitsphase der Menschen mit Behinderungen und deren Vertretungen

Phase 1

Arbeitsphase mit den Mitarbeitenden der Landesverwaltung

Phase 2

Kommentierung auf der Beteiligungsplattform

Phase 3

Erarbeitung eines Ergebnis-Papiers

Phase 4

Beschluss über Prozessergebnisse

Phase 5

Erarbeitung und Einbringung einer Ministerratsvorlage

Phase 6

MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Teilhabe und  
Empowerment“

Dieses Diskussionspapier beruht auf den Ergebnissen der ersten beiden Arbeitsgruppen-Phasen zum Thema Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Fortschreibung des Landesaktionsplans (LAP) zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Baden-Württemberg.

Die Bearbeitung und Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgten in folgenden Schritten:

- Zusammenfassung der Ergebnisse aus Prozessphase 1 und 2
- Doppelungen zusammenfassen
- Abschnitte gliedern
- Einzelbeispiele streichen
- Zustandsbeschreibungen in Forderungen verwandeln
- Allgemeine Aussagen werden im Themenbereich „Übergreifende Themen“ gebündelt.
- Wenn Themen in mehreren oder allen Arbeitsgruppen genannt werden, sollen sie in ein allgemeines Grundsatzkapitel zu Beginn aufgenommen werden.

---

## Einzelforderungen im Themenbereich Engagement ∨

- Es müssen barrierefreie Plattformen geschaffen werden, auf denen man sich Informationen zum ehrenamtlichen Engagement einholen kann.
- Das ehrenamtliche Engagement für Menschen mit Behinderungen muss attraktiver gestaltet werden, zum Beispiel in Form von Schulungen und Zertifikaten, aber auch mittels einer Aufwandsentschädigung. Ebenso sind Aufwandsentschädigungen für Menschen im Ehrenamt notwendig.
- Ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen müssen gefördert werden. Dabei geht es nicht nur um die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen (Strukturen sind vergleichbar mit der Nachbarschaftshilfe und der Flüchtlingshilfe). Zusammenhängende Fragen wie Entschädigung und Versicherung müssen in diesem Rahmen gelöst werden. Details finden sich im Infokasten unten anbei.
- Begleitung und Supervision von ehrenamtlich tätigen Menschen: Möglichkeiten bieten, sich auszutauschen und in Krisen Unterstützung zu finden

---

## Aufbau ehrenamtlicher Assistenzplattformen ∨

Wie dies aussehen könnte, könnte in einem Modellversuch erprobt werden. Erfolgreiche Lösungsansätze sollten in der Folge abgesichert und dauerhaft fortgeführt werden:

Modellversuch zur Teilhabebegleitung im Alltag (niederschwellig) – so weit nicht professionelle Kräfte unbedingt erforderlich sind, mit dem Ziel, bestehende Defizite dauerhaft zu beseitigen und dafür Ehrenamtliche zu gewinnen.

- Eine Plattform (?) zur Koordination von Bedarf und Angebot
  - Strukturierung (versicherungstechnische Fragen, Frage der Finanzierung, Frage der Schaffung von Anreizen, Frage der Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden und anderen Organisationen)
  - Bedarfsgerechte „Ausbildung“, niedrigschwellig für die Helfer, Absicherung von Verlässlichkeit
  - Wie muss die Plattform aussehen? Regelung der Zuständigkeit? Wie viel Aufsicht bedarf es? Wo kann ich mehr Freizügigkeit erlauben? Ziele des Modellversuchs definieren
  - Netzwerkbildung
  - Zwei Bereiche: Niedrigschwellig und qualifiziert
  - Haltung muss passen
  - Erfahrungen auswerten und daraus lernen, auch aus anderen Bereichen
  - Ziel: Verstetigung erfolgreicher Elemente - Defizite in der Teilhabebegleitung feststellen (Personalressourcenproblem)
- 
- 

## Einzelforderungen im Themenbereich Assistenzen ∨

- Menschen mit Assistenzbedarf müssen die notwendige Assistenz erhalten.
  - Assistenzen müssen Qualifizierungen und Schulungen bekommen.
  - Pool an Assistenzleistungen / -materialien: Gerade wenn Eigenanschaffungen nicht rentabel sind und zur Schonung von Ressourcen (dies könnte zum Beispiel auf Kreisebene geschehen)
  - Es braucht einen qualifizierten Pool, um Assistenzen für alle Bedarfe und Lebenslagen finden zu können. Assistenzen sollen ebenso für Kinder und Jugendliche verfügbar sein.
  - Die Assistenzen sollen entsprechende Qualifizierungen vorweisen können, insbesondere was „soft skills“ wie Respekt und individuell angepasstes Verhalten angeht. Assistenzen sollten eine Grundschulung absolvieren und sich zu bevorstehenden Anlässen auch fachlich informieren.
  - Assistenzberechtigte Personen sowie Assistenzen müssen miteinander in Verbindung gebracht werden. Daher muss es barrierefreie Plattformen geben, die diese Personen zusammenbringen (in Abwägung von den entsprechenden Bedarfen) („Börsen“).
  - Der Fachkräftemangel (zum Beispiel im Beruf Heilerziehungspflegerin und Heilerziehungspfleger) ist generell ein großes Problem und wirkt sich auch auf die Verfügbarkeit von Assistenzen aus.
  - Möglichkeiten für Umschulung und Qualifizierung (zum Beispiel Schulungskampagne für Alltagsbegleiterinnen und Alltagsbegleiter) sind notwendig.
- 

## Einzelforderungen im Themenbereich Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment ∨

- In welchem Rahmen gesellschaftliche Teilhabe auch erfolgt, wichtig ist die Sensibilisierung aller Menschen. Barrierefreiheit muss selbstverständlich sein, um Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen. Alle Beteiligungs- und Mitwirkungsformate müssen für alle zugänglich und barrierefrei sein.
- Es braucht Formate, um Menschen mit Behinderungen aktiver in die Politik einzubeziehen. Die Inklusion in die politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse muss dabei auf allen Ebenen erfolgen (Kommune, Land, Vereine, Selbsthilfegruppen).

- Empowerment kann nur durch die Bereitstellung von barrierefreien Informationen sowie einer barrierefreien Kommunikation erfolgen.
- Menschen mit Behinderungen müssen ermutigt und befähigt werden, ihre Bedürfnisse zu formulieren.
- Die bestehenden Möglichkeiten der juristischen Beratung und Unterstützung müssen gestärkt und offensiv bekannt gemacht werden.
- Wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Sicherstellung des Assistenzbedarfs.
- Der Ausbau von Förderprogrammen und niederschweligen Angeboten für Menschen mit Behinderungen muss stärker vorangetrieben werden. Dabei sollte eine vorgeschaltete Beratung, gegebenenfalls im Peer-to-Peer-Format, und der Abbau von Barrieren Priorität haben.

---

## Einzelforderungen im Themenbereich Kommunikation ∨

- Empowerment kann nur durch die Bereitstellung von barrierefreien Informationen sowie einer barrierefreien Kommunikation gelingen.
- Der Zugang zu Informationen ist sehr wichtig. Die Kommunikation der Landesregierung und anderer öffentlicher Stellen muss umfassend barrierefrei sein. Die Verantwortung dafür liegt bei Politik und Verwaltung.
- Kommunikation und Information: Informationen werden für alle Menschen zugänglich gemacht unabhängig von ihrer Behinderung.

---

## Thematisch zu anderen Arbeitsgruppen gehörende Forderungen ∨

- Juristische Beratung und Unterstützung
- Unterstützung von Menschen mit Fluchterfahrungen
- Schutz vor beidseitigem Missbrauch muss gewährleistet werden (Bildung einer Ansprechstelle)
- Frauen mit Behinderungen in politischen Gremien

---

[Diskussionspapier der Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment“ \(PDF\)](#)

[Diskussionspapier der Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment“ in Leichter Sprache \(PDF\)](#)

Sie konnten die Ergebnisse bis zum 14. Januar 2023 kommentieren.

KOMMENTARE



## zur Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Teilhabe und Empowerment“

**Die Kommentierungsphase ist beendet. Vielen Dank für Ihre Kommentare!**

 [Alle Kommentare öffnen](#)

---

## 21. VON **REDAKTION BETEILIGUNGSPORTAL**



 14.01.2023  16:55

### Gesellschaftliche Teilhabe Empowerment

"Es braucht Formate, um Menschen mit Behinderungen aktiver in die Politik einzubeziehen. Die Inklusion in die politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse muss dabei auf allen Ebenen erfolgen (Kommune, Land, Vereine, Selbsthilfegruppen)."



Kommentar: Mehrheitlich werden sich hier die „fitteren“ Menschen unter den Betroffenen, meist die organisierten (in Verbänden, Selbsthilfe, etc.) beteiligen können → Hier müssen alle gesellschaftlichen Gruppen mitgenommen werden sonst kann die Wahrnehmung verzerrt werden.

HINWEIS: Dieser Kommentar wird von der Beteiligungsportal-Redaktion im Auftrag eines Nutzers veröffentlicht.

 0  0

---

## 20. VON **POLITIK IM BLICK**

 13.01.2023  12:50



### Beteiligung

-Möglichkeit der Beteiligung muss auch bekannt sein. z.B. kennen viele das Beteiligungsportal nicht.

-Menschen mit Behinderung müssen gesellschaftlich und politisch in ihren Belangen erst genommen werden.



-Es müssen mehr Menschen mit Behinderung auch in die Parlamente.

- es wurden viele EUTBs zum Jahresende 2022 geschlossen, was hier im ländlichen Raum z.B. dazu führt, dass der Anfahrtsweg zur nächsten EUTB über einen barrierebehafteten Bahnhof und in eine größere Stadt führt. Das ist eine große Barriere. Die Außensprechstunde vor Ort ist für wichtige Belange zu selten.

 1  0

---

19. VON **WERNER JOST**

 13.01.2023  07:54

## EMPOWERMENT

Im Rahmen des Fachtags der LAG Selbsthilfe BW forderten die Mitglieder folgende Punkte:

1. - Empowerment kann nur durch die Bereitstellung von

Information sowie einer barrierefreien Kommunikation erfolgen.

2. - Menschen mit Behinderungen müssen ermutigt und befähigt

werden, ihre Bedürfnisse zu formulieren.



- Der Zugang zu Informationen ist sehr wichtig. Die

Kommunikation aller öffentlicher Stellen muss umfassend

barrierefrei sein. Die Verantwortung dafür liegt bei Politik und

Verwaltung.

LAG Selbsthilfe BW

 3  1

---

## GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE:

Im Rahmen des Fachtag der LAG Selbsthilfe forderten die Mitglieder folgende Punkte

1. - Ziel ist eine umfassende Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft.

- Menschen mit Assistenzbedarf müssen die notwendige Unterstützung erhalten.

2. - Keine Inklusion ohne Barrierefreiheit, umfassendes Verständnis von Barrierefreiheit sowohl digital als auch analog.

3. - Bereitstellung von barrierefreier Kommunikation muss sichergestellt werden.

- Politische Teilhabe ist für Menschen mit Behinderung nur möglich, wenn den Menschen mit Behinderungen die Informationen dementsprechend zur Verfügung gestellt werden.

- Es müssen Plattformen geschaffen werden, auf denen man sich Informationen zum ehrenamtlichen Engagement einholen kann.

4. - Assistenzen für Menschen mit Behinderungen müssen Qualifizierungen und Schulungen haben.

- Es braucht Portale auf denen man Assistenzen finden kann.

5. - Ziel: Verbesserung der Chancen des politischen Engagements für Menschen mit Behinderungen und Beseitigung bestehender



Barrieren.

6. - Es braucht Formate, um Menschen mit Behinderungen aktiver in die Politik zu integrieren.

Die Integration in die politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse muss dabei auf allen Ebenen erfolgen (Kommune, Land, Vereine, Selbsthilfegruppen).



7. - Bei Förderprogrammen müssen Barrierefreiheit und die Belange von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich Fördervoraussetzung sein.

LAG Selbsthilfe BW

 2  0



---

17. VON **H. KABELITZ**

 12.01.2023  11:01

## Mehr Teilhabe, weniger Einsamkeit

Gesellschaftliche Teilhabe ist gut gegen Vereinsamung, die nicht nur behinderte Menschen betrifft, aber die besonders stark. Ein Mensch, der von einer Behinderung betroffen ist, braucht Hilfe. Die kann er von einer Selbsthilfegruppe bekommen oder einfach, indem er unter Leute geht. Das trauen sich aber nicht alle Menschen. sie brauche dafür Unterstützung, ggf. durch BuFdies.

 3  0



---

## 16. VON **REDAKTION BETEILIGUNGSPORTAL**

📅 10.01.2023 ⌚ 18:16

### Mehr politische Einbindung

Es muss mehr politische Einbindung von Menschen mit Behinderung geben. Dazu müssen Strukturen geschaffen werden, damit sich Experten, betroffene Menschen mit Assistenzbedarf vernetzen können. Auch verschiedene Einrichtungen untereinander sollen sich besser vernetzen können. Insgesamt muss dazu die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden.

HINWEIS: Dieser Kommentar wird von der Beteiligungsportal-Redaktion im Auftrag eines Nutzers veröffentlicht.

👍 3    💬 1

---

## 15. VON **TRÄNKLE PARITÄTISCHER BW**

📅 09.01.2023 ⌚ 19:53

### Beratungsangebote für Familien gut aufeinander abstimmen

Die Angebote der EUTBs, der Frühförderung und der geplanten Verfahrenslots\*innen müssen gut und bedarfsgerecht aufeinander abgestimmt und verzahnt werden.

Wer übernimmt was für welche Zielgruppe im Bereich Familien mit Kindern mit Behinderung? Was leistet Frühförderung in der Eltern-/Familienberatung bereits heute hier? Was leisten die EUTBs bereits? Wie wird dies wirksam mit den Aufgaben der Verfahrenslots\*innen verknüpft?

👍 7    💬 1

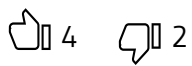
---

## 14. VON **TRÄNKLE PARITÄTISCHER BW**

📅 09.01.2023 ⌚ 19:31

### Beteiligungsformen auch für Kinder mit Behinderung

Im Rahmen der SGB VIII-Reform müssen auch Kinder mit Behinderung wirksam an der Ausgestaltung der Hilfen und Assistenzleistungen beteiligt werden. Hierzu bedarf es besonderer Beteiligungsformen.



---

### 13. VON **BLANSIB**

📅 31.12.2022 ⌚ 16:49

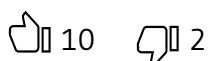
## Kommunikation - Gebärdensprache - Blindenschrift

Mir fällt auf, dass man in anderen Ländern im Fernsehen viel häufiger Gebärdensprachen-Dolmetscher sieht; dass z.B. Nachrichtensendungen mit Gebärdensprache unterlegt sind, und zwar im Hauptprogramm - ohne dass auf ein spezielles Programm gewechselt werden muss. Aus meiner Sicht würde das auch das Bewusstsein dafür, dass nicht alle Menschen gleich gut hören können, erhöhen.

Aktuelles Beispiel: Die Neujahrsansprache auf Instagram von MP Winfried Kretschmann ohne Gebärdensprache, sondern mit Verweis auf einen Link, auf dem dieser aufrufbar ist. ABER: Die Neujahrsansprache auf Instagram von Anne Hidalgo, der Bürgermeisterin von Paris, ist selbstverständlich mit einem Gebärdensprachen-Dolmetscher hinterlegt. Das ist in meinen Augen Inklusion und nicht, dass Betroffene erst mühsam irgendwo danach suchen müssen. In Frankreich waren Gebärdensprachen-Dolmetscher im Fernsehen jedenfalls schon Mitte der Neunziger Jahre Standard. Warum ist es in Deutschland immer noch die Ausnahme? Bzw. ist irgendwo versteckt?

Blindenschrift ist naturgemäß weniger auffällig - aber vermutlich könnte man sich auch hier einen größeren Einsatz an vielen Orten vorstellen.

Was sagen Betroffene dazu?



---

## 12. VON **WERNER JOST**

📅 26.12.2022 ⌚ 10:58

### Assistenz-Plattform

Für mich ist es wichtig, dass nicht wieder "eine weitere" Vermittlungs-Plattform aufgebaut wird zu den vielen anderen, sondern es geht darum die bestehenden zu integrieren. Es soll aber auch ein Mehrwert für die Menschen geben die Assistenz anbieten wie z.B. eine hinreichende Grundqualifizierung, Weiterqualifikation für anderen Assistenzbedarfe, bei Bedarf Angebot einer Supervision und Austausch mit anderen, etc. Für die Menschen mit Bedarf an Assistenz kann so dann hoffentlich die Verfügbarkeit von Assistenz verbessert werden, mehr Auswahl an Personen, da hier auch immer die Chemie stimmen muss. Es soll hier letztlich im Rahmen eines Modellversuchs ermittelt werden, wieviel Qualifikation für welche Tätigkeit erforderlich ist, wieviel Aufsicht erforderlich ist, welche Infrastruktur für Qualifikation und Supervision aufgebaut werden muss, damit das ganze auch in die Fläche im ländlichen Raum verteilt werden kann und nicht nur in Metropol-Regionen verfügbar ist. Da lassen sich bestimmt auch viele Bereiche, die nicht nur in der Freizeitgestaltung zu sehen sind, integrieren. Da könnte auch Krankenhaus-Assistenz integriert etc. Überall, wo es an Fachkräften mangelt und diese entlastet werden können durch Menschen, die diesen einfachere Tätigkeiten abnehmen. Da gibt es viele Bereiche wie z.B. auch die Krankenhaus-Assistenz oder Assistenz im Berufsleben etc. Man muss aber auch darauf achten, dass diese dann nicht ausgenutzt werden.

👍 8 💬 3

---

## Ergebnisse der weiteren Arbeitsgruppen

### Link dieser Seite:

<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-17/landesaktionsplan-zur-umsetzung-der-un-behindertenrechtskonvention/arbeitsgruppe-gesellschaftliche-teilhabe-und-empowerment>